"Gesundheits-Fichen" sind das Gebot der Stunde!

Autor(en): **Knobel, Bruno / Slíva, Jií**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **117 (1991)**

Heft 33

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-616564

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

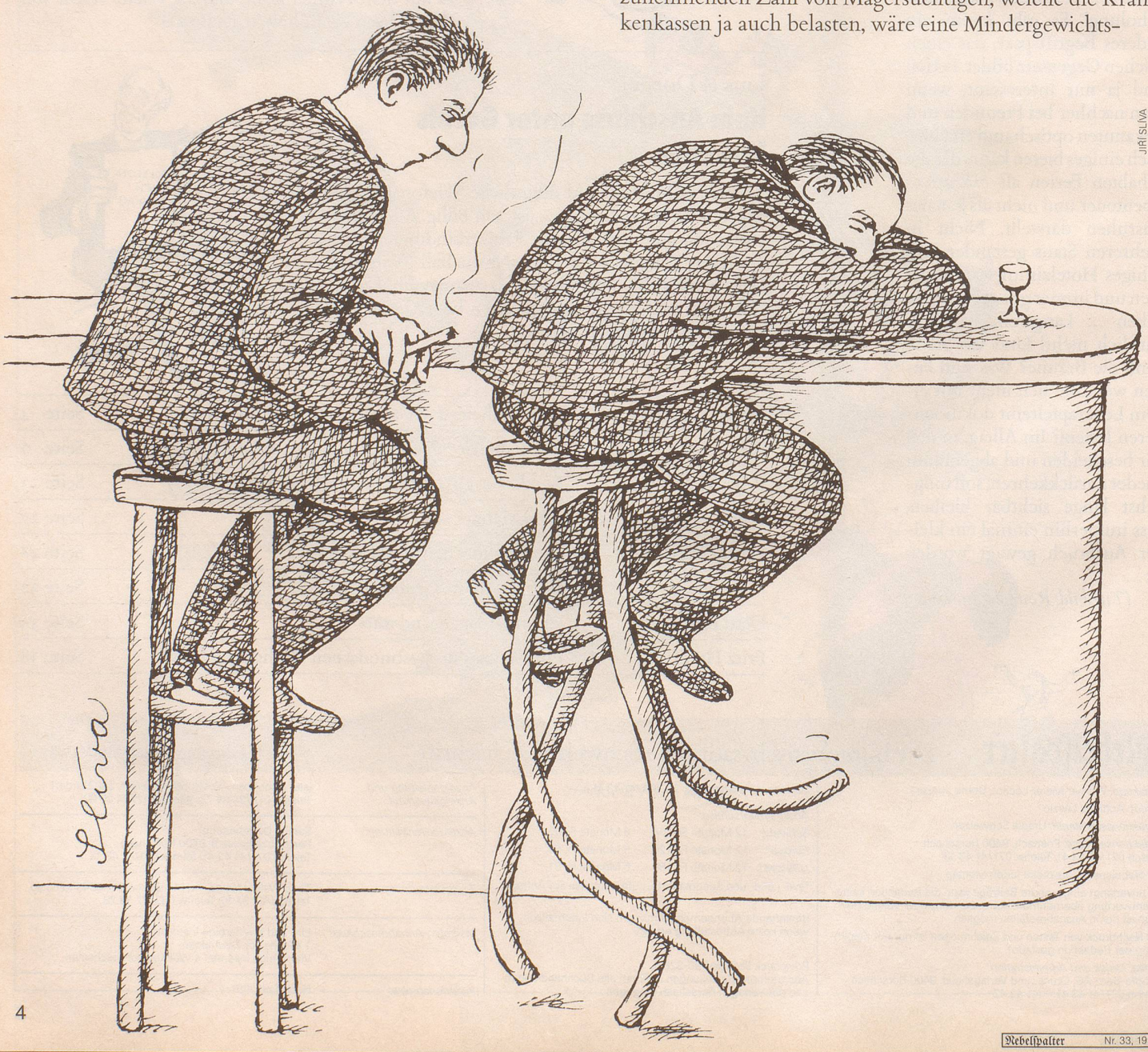
«Gesundheits-Fichen» sind das G

Von Bruno Knobel

Das, was man Volksgesundheit nennt, bestimmt die Höhe der Krankenkassenprämien. Diese sind steigend, weil Gesundheit nicht einfach Glückssache ist. Darum bieten gesundheitsschädigende Gewohnheiten zunehmend Diskussionsstoff. Und im Rahmen dieser Diskussion mag dieser Leserbrief nicht atypisch sein:

«Wieder steht eine massive Erhöhung der Krankenkassenprämien bevor. Auch dieses Mal fällt die Erhöhung um ein Mehrfaches der Teuerung und somit der Lohnsteigerung aus … Darum mein ernsthafter Vorschlag an Politiker: Warum werden nicht Raucher, die durch ihr Verhalten mitverantwortlich sind für die genannte Entwicklung, verstärkt zur Kasse gebeten. Da die Raucher ja gerne rauchen, sind diese sicher gerne bereit, 5 bis 10 Rappen pro Zigarette an Gesundheitssteuer zu bezahlen. Mit den dadurch gewonnenen 1,5 bis 3 Milliarden Franken jährlich fallen gewiss die genannten Prämienerhöhungen nicht mehr so asozial hoch aus …»

Der Vorschlag leuchtet mir ein, aber im grundsätzlichen Sinn dieser Anregung sollte man nicht auf einem Bein – dem Raucherbein – stehenbleiben. Ich wüsste neben dem Rauchen noch einige verbreitete Sitten, die ebenfalls gesundheitsschädigend sind. Der Präsident der deutschen Bundesärztekammer nannte in solchem Zusammenhang zum Beispiel die Fresssucht. Er empfiehlt die «Kiloprämie», zu bezahlen von jenen, die sich über 70 oder 80 kg Lebendgewicht angefressen haben, vermutlich zu erheben über einen Preiszuschlag auf Teigwaren und so. Angesichts der zunehmenden Zahl von Magersüchtigen, welche die Krankenkassen ja auch belasten, wäre eine Mindergewichts-



bot der Stunde!

prämie immerhin ebenfalls in Erwägung zu ziehen. Aber das sind Details.

Anknüpfen müsste man vor allem an das oben erwähnte leserbriefliche «... da die Raucher ja *gerne* rauchen ...». Es gibt nämlich eine Masse von Krankenkassenmitgliedern, die sich freiwillig und *gerne* beispielsweise dem Verkehr aussetzen, der ja bekanntlich jährlich eine riesige Zahl an Opfern fordert. Warum eigentlich nicht auch eine krankenkassenspezifische «Verkehrssteuer», und zwar auf alle gleich verteilt – auf die potentiellen Verursacher wie auf die potentiellen unschuldigen Opfer von Verkehrsunfällen (da es ja unschuldige Opfer gar nicht gäbe, wenn sie nicht überhaupt vorhanden wären. Schon die Existenz allein macht steuerpflichtig!)

Nicht zu übersehen ist freilich die grosse Zahl von Unfällen, die im Haushalt passieren. Das macht die Erhebung eines «Hausfrauen-Rappens» zugunsten der Krankenkassen erwägenswert. Natürlich wären auch Hausmänner beitragspflichtig.

Ebenso zahlreich und folgenschwer sind die Handwerker-Unfälle. Das führt zur heiklen Frage, ob man es diesbezüglich – vordergründig – bei einem die Krankenkassen begünstigenden Preisaufschlag bei Hobby-Maschinen bewenden lassen könnte oder ob man – grundsätzlicher und konsequenter – die Arbeitgeberverbände zur Kasse bitten soll, da sie ja so besorgt sind um die Vermehrung der Freizeit. Der Gedanke an eine «Freizeitsteuer» mag zwar ungewöhnlich scheinen, aber Hand aufs Herz und siehe oben: Da der Mensch ja *gerne* Freizeit hat, wäre er gewiss bereit ...

Es hat eben alles zwei Seiten. Die «Kiloprämie» mag noch so einleuchtend sein; wer aber sein Körpergewicht in gesundheitsverträglichen Schranken halten will, indem er Sport treibt, beansprucht den Gesundheitsdienst vielleicht auf andere Weise: Es soll ja pünktliche Krankenkassenprämien-Zahler gegeben haben, die das Opfer eines Fitness-Parcours wurden. Eine Steuer auf Vita-Parcours- und Fitness-Center-Benützung scheint mir deshalb gar nicht so abwegig, doch möchte ich gleich anfügen, dass ich die Einführung einer besonderen Gebührenpflicht für gesundheitsschädigendes Dauerfernsehen für ein ebenso probates Mittel hielte, um das «asoziale Ausmass der Krankenkassenprämien-Erhöhungen» zu mildern.

Im übrigen ist bekannt, wie gesundheitsschädigend beruflicher Stress ist, schädlicher sogar noch als ein hoher Cholesterinspiegel. Hartnäckige, ehrgeizige berufliche Aufsteiger, die sogar über die eigene Leiche zu gehen bereit sind, würden gewiss eine «Stress-Steuer» als geringes Opfer empfinden, wenn sie wüssten, dass sie damit Aussteigern erträglichere Krankenkassenprämien ermöglichen würden.

Aber vielleicht sollte man viel tiefer schürfen, wenn man

bedenkt, wie viele Ursachen für gesundheitliche Spätfolgen schon im frühesten Kindesalter liegen. Müsste da nicht ins Auge gefasst werden, z.B. angesichts des Umstands, dass viele Säuglinge erwiesenermassen «zu heiss gebadet» wurden, einen «Baby-Rappen» zu schaffen?

Man müsste sich auch überlegen, ob eine Art «Luxussteuer» angezeigt wäre, zu bezahlen von jenen Krankenkassen-Mitgliedern, die sich den Luxus leisten, nur *angeblich* krank zu sein, und dennoch ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen ...

Natürlich ist auch mir klar, dass man mit solchen Methoden das wuchernde Wachstum der Krankenkassenprämien nur in den Griff bekäme, wenn ein geeigneter Erfassungs-, Überwachungs- und Kontrollapparat geschaffen würde. Aber ein solcher liesse sich gewiss aufbauen: «Gesundheits-Fichen» sind das Gebot der Stunde! Und mit einigem guten Willen liesse sich das Ganze sehr wohl letztlich vereinfachen:

Zu einer wirklich allseits gerechten und sozialen Lösung kommt man vermutlich nur, wenn man sich der unbestreitbaren Tatsache entsinnt, dass das *Leben* als solches grundsätzlich gesundheitsschädigend, ja lebensgefährlich und also a priori die Krankenkassen belastend ist. Von allem Anfang an. Und so müsste man wohl dazu übergehen, dass für jedes Neugeborene – entsprechend der statistischen durchschnittlichen Lebenserwartung – eine Einmal- und Vorausprämie zugunsten der Krankenkassen zu entrichten wäre: eine «Geburts-Strafsteuer», sozusagen eine «Quellensteuer». Ihre abschreckende Höhe könnte sogar ein heilsamer Zwang zur umweltschonenden Familienplanung sein ...

Und so rundet sich denn schliesslich immer alles, wenn es nur richtig angepackt wird.